

Bezugspreis:

Bestellh. 21. - 24. monatl. 7. - 24. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die achtzehnstündige Konvaleszenz ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 26. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

An die Arbeiter der Welt!

Auf zur Maidemonstration.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 9. April d. J. beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maidemonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftskongress, der im Juli 1919 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde unter großer Begeisterung beschlossen, eine Aktion zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel einzuleiten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Kongress es für notwendig, die Bestrebungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung und Grundlage für die Bewirklichung der Sozialisierung bilden.

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in den Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kräftigsten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen Euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der Landeszentrale dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Aufzüge, in dem anderen Land durch Arbeitsruhe für diese Forderungen demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge: Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Daneben soll, einem Beschluß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächstwirkende Forderung für den 1. Mai die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington aufgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurden eine Reihe von Beschlüssen zum Schutze des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden

und zugunsten der Einführung des Achtstundentages gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse allzulange zögern. Sollten sie gegenüber unseren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer 20 Millionen Arbeiter, vereinigt im Internationalen Gewerkschaftsbund, anbieten, um der Not und den Entbehrungen, unter denen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unseren Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schleunigst bewilligt werden!

Wir fordern Euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter antasten und die die materielle Notlage bestehen lassen wollen.

Wir rufen Euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiterschaft!

Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampf vereinen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

Sozialisierung der Produktionsmittel! Durchführung der Beschlüsse von Washington!

Unsere Losung muß sein:

Kampf und Disziplin!

Kampf für unsere Rechte!

Gegen die Reaktion!

Es lebe die Internationale der Arbeit!

B. A. Appleton, England, Vorsitzender.

L. Jouhaux, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.

G. Mertens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.

G. Legien, Deutschland.

G. Dumoulin, Frankreich.

A. Dürr, Schweiz.

O. Lian, Norwegen.

R. Tahrle, Tschechoslowakei.

J. B. Williams, England.

Edo Jimmen, J. Oudegeest, Holland.

Sekretäre.

sätze bedeuten, seien zu verwerfen. Der Parteitag protestierte außerdem gegen das Wahlverbot der interalliierten Kommission und sprach sich dafür aus, daß die oberösterreichische Sozialdemokratie nach wie vor allen Autonomiebestrebungen ablehnend gegenüberstehe.

Die Beschlüsse von San Remo.

San Remo, 25. April. Die Konferenz hat im Prinzip beschlossen, im nächsten Monat deutsche Delegierte nach Belgien zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungsbestimmungen zu beraten.

Paris, 25. April. Der Sonderberichterstatter des „Transigent“ meldet aus San Remo, daß man vielleicht Deutschland ein Heer von 150000 Mann bewilligen werde.

Paris, 25. April. Nach einer Havasmeldung aus San Remo hat der Oberste Rat heute vormittag die Adressfrage auf Grund der Denkschrift vom 9. Dezember 1919 behandelt, welche die alliierten Ministerpräsidenten dem Präsidenten Wilson überreicht hatten.

Einigung zwischen England, Frankreich und Italien.

London, 26. April. Nach Meldungen aus San Remo hat die Konferenz nunmehr endgültig beschlossen, England die Mandatur über Palästina zu geben, wo es eine Heimstätte für die Juden einrichten wird. Dies wird völlig nach den von Balfour entwickelten Plänen geschehen. Die Begrenzung Palästinas wird zwischen Frankreich und England geregelt werden. Angeblich ist eine völlige Einigung zwischen England, Frankreich und Italien bezüglich der Ausführung des Abkommens in den finanziellen und territorialen Fragen sowie über die künftige Haltung Deutschlands gegenüber erzielt worden. Die Einzelheiten, die zu der Vereinbarung führten, sind auf einer Konferenz zwischen Balfour, Berthelot, Scialoja und den Generälen festgelegt worden. In dieser Beratung wurde gleichfalls der Vorschlag der Ententeantwort auf Deutschlands Antrag, ein Heer von 200000 Mann beizubehalten zu dürfen, festgesetzt.

Durch Klarheit zur Einigkeit.

Am 5. Februar 1871 schrieb Dostojewski in einem Brief an einen Deutschen: „Sie schreiben: Jungdeutschland! Ganz umgekehrt ist es. Sie sind eine Nation, die ihre Kräfte erschöpft hat, denn sie bekennt sich zur Schwermut, Blut- und Gewalttätigkeit. Sie hat nicht die geringste Ahnung, was ein spiritueller (ein geistiger) Sieg ist, und sie lacht darüber mit einer soldatischen Brutalität.“

Das deutsche Volk hat seitdem die gefährlichste, aber auch die heilsamste Kur durchgemacht, durch die ein Volk von seinem Aberglauben an die Gewalt geheilt werden kann, es hat im Krieg eine fürchterliche Niederlage erlitten, und durch physische Macht von außen schwer bedrückt, hätte es allen Grund, sich daran zu erinnern, daß es noch andere Machtmittel als physische gibt, nämlich geistige.

Diesen geistigen Machtmitteln ist Deutschland im Kriege letzten Endes unterlegen — eine Tatsache, die unsere nationalen Gewaltpolitiker noch heute nicht zu begreifen imstande sind. Sie sehen nur die glänzenden militärischen Anfangserfolge des alten Deutschland und können nicht verstehen, daß ihnen zum Trotz ein solcher Ausgang möglich war. Sie haben kein Auge für die Entwicklung der Dinge: wie sich in der ganzen Welt eine ungeheure Mehrheit der Menschen zusammenballt, geeint in dem Willen, sich die Herrschaft einer besser gerüsteten Minderheit nicht gefallen zu lassen. Dieser Weltmehrheit ist, nachdem sie ihre Argumente in Kanonen und Tanks umgewandelt hatte, schließlich die deutsche Minderheit erlegen.

Nicht immer in der Geschichte werden solche Entscheidungen bis zum letzten bitteren Ende durchgefochten, am allerwenigsten in der inneren Politik. Im Jahre 1848 siegte z. B. der konstitutionelle Gedanke gerade in dem Augenblick, in dem die militärische Ueberlegenheit der kgl. preussischen Kruppen über die Barrikadenkämpfer gesichert war. Auch dies ist eine Erscheinung, die für den Gewaltpolitiker unveränderlich blieb, noch Jahrzehnte später räsonnierten die Junker über die Schwäche Friedrich Wilhelm IV., und dem deutschen Kaiser sagte man folgende seiner Geistesverfassung entsprechende Äußerung nach, die er in den Tagen seines Glanzes gelassen soll: „Ich wäre heute ein wirklicher Kaiser, wenn nur mein Großvater am 13. März das Blut hätte tüchtig in den Kinnstein fließen lassen. So aber ist der Zar von Rußland der einzige wirkliche Kaiser.“

Ein Beispiel aus allerneuester Zeit bildet der Kapp-Putsch. Am 13. März 1920, dem zweieinzigsten Jahrestag der bürgerlichen Revolution, waren zweifellos die militärischen Machtmittel in den Händen der Kappisten. Der „aktive Teil“ der Militärs hatte die Initiative an sich gerissen, der übrige folgte ihm oder war zur Gegenwirkung augenblicklich vollkommen undrauflosbar. Wenn die Rechnung trotzdem nicht stimmte, so nur deshalb, weil sie nur die reinen Gewaltfaktoren eingestellt hatte, die geistigen aber gänzlich unberücksichtigt ließ. Diese geistigen Faktoren setzten sich aber im Nu in den Generalstreik um, und der Putsch brach zusammen. Der Kampf hätte noch andere Formen angenommen und wäre auf alle Fälle siegreich verlaufen, auch wenn der Generalstreik nicht so prompt gewirkt hätte. Denn schließlich sind es doch immer die Gehirne, von denen die Muskeln dirigiert werden.

Man muß laden, wenn man siegt, wie die „Deutschnationale Volkspartei“ in ihrem Wahlaufruf vor dem allgemeinen Wahlrecht, auch der Frauen, ihren Klotz macht. Die Deutschnationalen hatten das allgemeine Wahlrecht, sie haben es, solange sie konnten, mit allen Mitteln der Gewalt und der Intrigue bekämpft, sie haben über die politische Gleichberechtigung der Frau die dümmsten und ordinärsten Wege gerissen. So waren ihre Vorkämpfer Anhänger des Absolutismus und des Partikularismus, Feinde der Verfassung und des Reichs. Schließlich haben sie vor den geistigen Mächten ihrer Zeit stets den Rückzug angetreten und sich ihnen beugen müssen.

Wir wissen heute, daß diese geistigen Mächte nicht einem bloßen Ungefähr entfliehen, sondern daß sie ein Ausdruck des augenblicklichen Standes der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes sind. Wir verdanken diese Erkenntnis Karl Marx. Aber gerade aus ihr folgt doch, daß die geistigen Mächte mehr als bloße Luftgebilde, daß sie lebenskräftige Wirklichkeiten sind! Die Demokratie ist ein Produkt des Klassenkampfes, den das Proletariat führt, ein politischer Ausdruck des Reifegrades, den die kapitalistische Gesellschaft gewonnen hat: Preis und Mittel zugleich unseres Sieges. Es sind nicht die vorge-schrittenen, sondern die zurückgebliebenen Elemente des Proletariats, die diesen Zusammenhang nicht begreifen. Solche zurückgebliebenen Elemente haben, mit Dostojewski zu sprechen, nicht die geringste Ahnung, was ein spiritueller Sieg ist, und sie lachen darüber mit einer soldatischen Brutalität.“

Diese Geistesverfassung ist es, die wir in dem gegenwärtigen Wahlkampf als Feind bekämpfen müssen, und dieser Feind steht sowohl rechts wie links. Er bleibt in zweierlei Gestalt doch immer derselbe, und er hat sogar noch blutiger

Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Reichswehr.

Wie dem „Leipziger Tageblatt“ mitgeteilt wird, wurde einer am Sonnabendnachmittag in Bitterfeld in einem Personenzug stehenden Abteilung Reichswehr das Wort „Kodex“ zugerufen, worauf einer der Soldaten mit einem scharfen Schuß aus der Pistole antwortete. Die Fahrgäste des Zuges gerieten in große Erregung und machten den Soldaten „handgreiflich“ auf das Unzulässige seines Vorgehens aufmerksam. Drei Unteroffiziere der gleichen Abteilung bestritten den Soldaten und wollten die an der Schlägerei beteiligten Arbeiter festnehmen.

Hierdurch wurde die Erregung gesteigert und die Unteroffiziere gerieten ins Gedränge. Sie gaben Schreckschüsse ab, und an-gleichzeitig wurde gab in die fliehende Menge einer der Unter-offiziere zwei scharfe Schüsse ab, durch die ein Arbeiter getötet und zwei verwundet wurden. Jetzt verhinderten die erbitterten Arbeiter die Weiterfahrt beider Züge und verlangten Bestrafung der Schuldigen; selber wurde diesem Verlangen seitens der Führer der Reichswehrabteilung nicht stattgegeben. Die militär-weltlich verhaltenen Arbeiter entwarfen nunmehr die gesamte Reichswehrabteilung. Die drei hauptschuldigen Unteroffiziere waren in die Stadt entwichen und sollen den sie verfolgenden Arbeitern gegenüber erneut von der Waffe Gebrauch gemacht haben.

Oberschlesien für die Einheitsfront.

Glindeburg, 25. April. Ein außerordentlicher Bezirkstag der S. P. D. nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich für die Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront in Oberschlesien ausspricht und zu den politischen Grundfragen des Erfurter Programms bekennt. Jedes politische Kampfmittel müsse benutzt werden, durch das eine Machtförderung des Proletariats auf dem Wege zur Erreichung des Sozialismus erzielt werde. Einer reaktionären Minderheitsbildung müsse die härteste proletarische Machtausübung entgegengesetzt werden. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die Vertretung sozialistischer Grund-

gegenseitiger Bekämpfung seine Zusammenfassung in sogenannten „Nationalsozialismus“ gefunden, den man auch Militarsozialismus oder Sozialmilitarismus nennen könnte. Mit dem Sozialismus, den wir erstreben, hat dieses eigenartige Gebilde so wenig oder noch weniger zu tun, wie das „soziale Königtum“ oder der preußische „Staatssozialismus“ seligen Andenkens. Die Extreme berühren sich und schließen den Ring: die Ueberrevolution erweist sich als gleichbedeutend mit der Gegenrevolution. „Die Gewalt“, sagte Wilhelm Liebknecht, ist stets reaktionär gewesen.“

Soweit diese Erkenntnis durch die Arbeiterbewegung hindurchgedrungen ist, besteht für ihre Wiedervereinigung kein inneres Hindernis mehr. Gegen Andersgeartete muß die Sozialdemokratie im Wahlkampf ihre Ueberzeugung ehrlich verkünden. Gegen den Glauben an die allein seligmachende Brunnlichkeit, die Gewaltdiktatur, die Dutschromantik, für den Sieg des Sozialismus durch die Demokratie stehen wir mit aller Kraft. Notwendig ist Einigkeit, noch notwendiger Klarheit! Durch Klarheit zur Einigkeit!

Im Interesse dieser Klarheit sind wir genötigt, den Wahlkampf nicht nur gegen rechts, sondern auch — links zu führen. Die Unabhängigen haben vor uns den Vorteil der tatsächlichen Lage voraus, daß sie in einer Zeit, die für Unzufriedenheit einen reichen Nährboden bietet, die bequemere Rolle der Opposition spielen konnten, während wir uns plagten, in positiver Arbeit den Boden vorzubereiten und Arbeiterrechte sicherzustellen. Vor den Unabhängigen haben wir den Vorteil voraus, daß wir in klarerer grundsätzlicher Erkenntnis den Weg zum Sieg des Sozialismus nur über die Demokratie suchen, für die wir jahrzehntelang gemeinsam gekämpft haben.

Je entschiedener und erfolgreicher wir unsere Grundzüge zur Geltung bringen, desto mehr können wir hoffen, daß dann dieser zweite Wahlkampf zwischen deutschen Sozialisten auch der letzte sein wird!

Reichsarbeitsstunde?

Im „N. Z.“ befürwortet Bernhard Dernburg die Einführung einer Reichsarbeitsstunde, um auf diesem Wege eine Hebung der Industrie herbeizuführen. Da anzunehmen ist, daß die von ihm aufgeworfene Frage auch in sozialistischen Kreisen Diskussion hervorzurufen wird, sei kurz zu dem Problem Stellung genommen.

Wenn Dernburg die Einführung des Achtstundentages durch die Novemberrevolution als „in der rohesten und apodiktischsten Form“ vorgenommen bezeichnet, so muß ihm entschieden widersprochen werden. Die Einführung des Maximalarbeitslages war weder roh noch apodiktisch, sondern sie war die logische Erfüllung von Forderungen, um die seit Jahrzehnten mit dem Unternehmertum gerungen und die von jenem weit roher und apodiktischer zurückgewiesen worden waren. Der Hinweis Dernburgs, daß wir früher „auch in den unteren Ständen durchschnittlich ein recht wohlhabendes Volk“ waren, ist irrig und beweist eine überhörende Unkenntnis von der Lage der arbeitenden Massen vor dem Kriege. Diese — tatsächlich gar nicht vorhandene — Wohlhabenheit wird auf den früher 9½ Stunden betragenden Arbeitstag als normalen Durchschnittsarbeitsstag zurückgeführt. Jedoch übersteht Dernburg, daß nicht das Volk, wie er sagt, „groß, stark, reich und mächtig“ hierbei wurde, sondern daß der Ertrag der Mehrarbeit immer nur reiner relativ kleinen Schicht zugute kam.

Nicht minder irrig ist eine Berechnung, auf Grund deren Dernburg zu dem Ergebnis kommt, daß infolge der Verringerung der Arbeitszeit ein jährlicher Produktionsausfall von 27 Milliarden Mark entstehe. Hierüber sagt Dernburg:

„Würde er vermieden, so hätten wir Nahrungsmittel, Kleider, Rohstoffe die Fülle, und vor allem, wir hätten ein

hochwertiges Geld, mit dem wir diese Dinge kaufen könnten. Um all das bringen wir uns selbst.“

Im Widerspruch zu dieser außerordentlich mechanistischen Auffassung des Wirtschaftsproblems muß Dernburg selbst zugeben und hiermit widerlegt er völlig seine soeben gemachten Ausführungen:

„Unmittelbar und im Handumdrehen läßt sich die wirtschaftliche Wirkung nicht erreichen, denn das Material für so viele Mehrstunden und die dadurch umzustellenden Betriebe ist nicht sofort da.“

Zu mindesten also müßte doch wohl zunächst die Beschaffung dieses variablen Kapitals gefordert werden, ehe man überhaupt an eine Diskussion über Mehrarbeit herantritt. Wenn überhaupt, so dürfte hiernach doch wohl nur der umgekehrte Weg gangbar sein.

Schwerer aber als die wirtschaftliche Verfeinerung des Problems ist die falsche psychologische Einschätzung der Arbeiterschaft seitens des Verfassers. Wenn die Kohlenförderung, wie er selbst zugibt, vor dem Kapp-Putsch fast wieder an die Friedensgrenze herangerückt war, so ist dies nicht trotz, sondern wegen des Maximalarbeitslages geschehen. Eine Beseitigung dieser wesentlichen Revolutionserregung würde in der gesamten Arbeiterschaft eine derartige Erbitterung erregen, daß wir mit ungeahnten Produktionsstörungen zu rechnen hätten. Wenn Dernburg schließlich die Beseitigung des Drohnens in allen Kreisen nachdrücklich fordert, so können wir ihm hierin nur völlig zustimmen. Allerdings sind wir der Ansicht, daß sich dieses Drohnens am wenigsten in den Kreisen der Arbeiterschaft breit macht, der einer etwaigen Arbeitsunlust gegenüber von jeher das Gespenst des Hungers drohte und in den gegenwärtigen schweren Zeiten erst recht droht.

Noch ein Kleber.

Major v. Sommerfeld vom Pionier-Bataillon Nr. 15.

Zu den Offizieren, die trotz erwiesenen militärischen Verhaltens sich vor ihrer Futterkrippe bei der Reichswehr nicht trennen können, gehört auch der Major v. Sommerfeld, der Kommandeur des Reichswehr-Pionier-Bataillons Nr. 15 nebst seinem Anhang, unter dem namentlich der Hauptmann Weber zu nennen ist.

Ueber die Vorgänge bei diesem Bataillon in der Kappzeit haben wir schon mehrfach berichtet. Das von Major v. Sommerfeld gegen die treugebliebenen Unteroffiziere wegen „Meuterei“ beantragte kriegsgerichtliche Verurtheilung ist eingeleitet worden, obwohl der Vorsitzende des Kriegsgerichts der Generalmajor v. d. Happe war, derselbe, der seinerzeit bei der Maßregelung des Obersten Lange eine verhängnisvolle Rolle spielte. Trotzdem denkt Major v. Sommerfeld gar nicht daran, die Konsequenzen dieser kriegsgerichtlichen Erkenntnis zu ziehen, sondern er hat gegen den Einstellungsschluß Rechtsbeschwerden erhoben und vor allem: er verbietet den von ihm gemargelten treugebliebenen Unteroffizieren noch wie vor das Betreten des Lagers in Zossen.

Dabei hat die vom Reichswehrministerium eingesetzte Untersuchungskommission einstimmig unter Vorsitz des Abg. Siebel beschloffen, daß die Unteroffiziere wieder einzusetzen sind und das Bataillon nach Berlin zurückzuverlegen ist. Gegen eine Stimme hat diese Kommission ferner beschlossen, daß die schuldigen Offiziere, in erster Linie Herr Major v. Sommerfeld, zu beurlauben sind und daß gegen sie Strafverfahren einzuleiten ist.

Aber die um ihre Futterkrippe besorgten Herren möhen sich an diesen Spruch als „einseitig“ nicht anzuerkennen! Inzwischen sucht Herr v. Sommerfeld auf alle mögliche Weise die Mannschaften in seinem Sinne zu beeinflussen. Einen Hauptmann H., der für Wiedereinstellung der treugebliebenen Unteroffiziere eintrat, hat er aus einem weit hergeholten Grunde mit drei Tagen Arrest bestraft.

Wann und wie gedenkt der Reichswehrminister diesen gefährlichen Kleber und Meuterer zu beseitigen?

zu loben und rühme mich laut, der midelste Vorgesetzte gewesen zu sein, den das deutsche Heer je befehlet hat. Ich teilte mich bisfidel mit meinem einzigen Untergebenen in alle Stubnarbeiten, wechselte mit ihm in der Reinigung des Zimmers ab, ließ mich von ihm mit Hindviehl und Brummochsel nennen und beratschlagte mit ihm, ob noch etwas zu tun sei.

Solange wir gute Freunde waren, geschah dies. Das aber war nicht immer der Fall. Eines Tages verkrachten wir uns. Wegen irgend etwas. Verkrachten uns so, daß wir nicht mehr miteinander sprachen, daß wir auch nicht mehr miteinander heratschlagten, was zu reitigen sei. Ich kam in eine böse Lage. Edstein arbeitete nur noch das Nötigste. Ich hatte diesem Edstein einfach befohlen können, dies und jenes auszuwählen. Aber ich litt schön: wie hätte das gellungen! Wie lächerlich hätte ich mich gemacht, wenn ich jetzt den Vorgesetzten rausgechert hätte! Wie ein dummes Junge wäre ich mir vorgekommen, der sich zu rächen wünscht. Wie ein feisendes Weib, das mit schäbigen Mitteln seinen Nachtrieben Geltung verschaffen will. Nein, nein: ich mußte Vornehmheit mimen. Ich durfte nicht kleinlich werden. Ich durfte nimmermehr jetzt etwas anordnen, nachdem ich niemals bisher etwas angeordnet hatte. Die Wirkung aus diesem Krach mit Edstein war, daß ich dreimal mehr als er und doppelt so viel wie sonst für die Instandhaltung des Zimmers zu sorgen hatte. Weil ich der Vorgesetzte war. Weil ich die Verantwortung für das Zimmer trug. Was lag näher, als daß ich begehrt, mich sobald wie möglich mit Edstein wieder auszusöhnen, damit er die Arbeit wieder mit mir teilte!

Edstein wollte eine lange Zeit nicht. Verschoß sich allen Annäherungsversuchen. Bis ich durch zeitweise Uebnahme der gesamten Stubnarbeit mir doch wieder guten Stand verschaffte.

Und doch und doch: dieser Edstein war mein Untergebener. Das will etwas heißen. Millionen haben niemals auch nur einen Untergebenen gehabt. Millionen können sich nicht in die herrliche Lage hineindenken, aber einen anderen Menschen auch nur auf einem engen Begele zu umgeben herrschen zu können, wie ich als Befreiter aber meinen Stubnkameraden Edstein — hätte herrschen können. Gätte herrschen können. Ich habe niemals geherrscht. Ich bitte: als Befreiter, den man so nicht recht ernst nimmt. Edstein hat in vielem über mich geherrscht. Aber meine ausschweifende Phantasie hat sich manchmal vorgemalt, wie ich den Kerl hätte zwiebeln können, diesen Martin Edstein, dessen ich niemals in meinem Leben vergessen werde, diesen Martin Edstein, der mein einziger Untergebener war. „Edstein!“ hätte ich sagen können: „hol mal...“ Edstein! Zu mal... Edstein! Was mal... Edstein!... Edstein!...“ Dieser sind wir doch eben alle.

Die Mängel der deutschen Volkshochschularbeit — den Anfängen fehlen natürlich die Kinderkrankheiten nicht, leichte und schwere — werden in einem neuen ausführlichen Erlaß des Unterrichtsministers Gaenisch beleuchtet. Der Erlaß weist

Die Offiziersfutterkrippe.

General v. Odershausen gegen die Zulassung der Unteroffiziere zu Offizieren. — Maßregelungen statt Argumente.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufs Soldaten hat die sehr vernünftige und billigenwerte Programmpforderung aufgestellt, daß ein großer Teil des Offiziersjahres aus den Reihen der Unteroffiziere genommen werden soll. Mit der Durchführung dieser Forderung würde nicht nur das Wort „freie Bahn dem Tüchtigen“ in der Armee zur Tatsache werden, sondern auch die Garantien gegen einen neuen Kapp-Putsch würden bei weitem größer. Beides Grund genug für die reaktionäre Offizierskamarilla, um mit äußerster Wut gegen diese Vorkämpfer vorzugehen. Der Beschluß des Reichswirtschaftsverbandes löste folgende Erlasse aus, die wir hier im Wortlaut wiedergeben:

N. Gruppenkommando I. 28. 8. 20.
Ic Nr. 832/Verf.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher und ehemaliger Berufs Soldaten hat in einer Sitzung vom 22. 8. weitgehenden Erlaß von Offizieren durch Unteroffiziere und Umbildung des Heeres in einer Weise gefordert, die überall den Unteroffizieren die Macht in die Hand gibt. Es ist festzustellen, daß diese Forderungen durch Angehörige des Verbandes unter den Truppen verbreitet worden. Diese Verbreitung unterträgt die Autorität der Vorgesetzten und ist zu verhindern. Eine Entscheidung des Reichswehrministeriums ist beantragt. Wie dahin haben die Wehrkreise in die nötigen Maßnahmen zu treffen. Nötigenfalls ist die Teilnahme von Truppenangehörigen zu Versammlungen des R. F. V. zu verhindern. Gegen alle Stimmungsmache von Angehörigen der Truppe ist unmissverständlich einzuschreiten.

R. f. d. R. V. I.
Der Chef des Generalstabes,
General v. Odershausen, Generalmajor.
Wehrkreise I bis V. Befehlsstelle VI.
Zusatz zu obigem Befehl:

VI R. V. Gen. Abt. 28. 8. 20.
Befehlsstelle
Abt. Ic Nr. 25/20.

Den örtlichen Verhältnissen entsprechend haben die Truppenkommandeure alle Maßnahmen zu treffen, um eine Propaganda unter den Unteroffizieren in obigem Sinne zu unterbinden. Genaue, so auch solchen des R. F. V. ist event. das Betreten der Kaserne zu verbieten. Die Hauptfrage aber bleibt, daß die höheren Offiziere die Unteroffiziere eingeben v. befehlen, daß hinter all den Vorpiegelungen, die ihnen der R. D. S. und der R. F. V. macht, keine positiven Grundlagen stehen und letzten Endes die Verrechnung begünstigenden Kommunisten und die U. S. V. D. ihre Hand im Spiele haben. Andererseits muß den Unteroffizieren jeder Zweifel über die Sicherheit ihrer Zukunft genommen werden.

R. f. d. Bef. St.
Der Chef des Generalstabes,
J. B.
Gen. Graf v. Finkenstein.
Hauptmann im Generalstabe.

Verteiler:
Reichswehr Brigade VI
VIII
Kommandantur Ic.

Diese Erlasse sind außerordentlich lehrreich. Sie enthüllen blühtartig die ganze Niedertracht der Methode, mit der von den militärischen Kommandostellen der Reichswehr gegen jeden Fortschritt, gegen jede Reform im republikanischen Sinne gearbeitet wird. Und das Haupt dieses Systems ist der General von Odershausen! Was sagt der Reichswehrminister zu diesen Erlässen, er, der doch vor wenigen Tagen die Öffentlichkeit hat wissen lassen, daß nach seiner Auffassung kein Soldat wegen Zugehörigkeit zu einer republikanischen Organisation gemahregelt werden dürfe?!

Waiseer-Erlaß. Das heftige Gesamtministerium hat beschlossen: Die Beamten, die den 1. Mai feiern wollen, sind für diesen Tag zu beurlauben:

Mein Untergebener.

Von Hans Bauer.

Wie, ihr Mitleidsfreunde, mag das wohl zugegangen sein: ich habe in dem bekanntlichermahen nummehr verronnenen größeren Heer keine Untergebenen gehabt, war aber dennoch Vorgesetzter und habe Befehle erteilt und ausgeführt bekommen!??

In der über den Beginn dieser Zeilen gedruckten Ueberschrift liegt die Antwort: ich habe Befehle ausstellen können: ja — aber nicht an Untergebene, sondern an einen Untergebenen, den einen Untergebenen, den ich hatte. Martin Edstein hat er gegeben und war mein Stubnkamerad während meiner Sonderkommandozeit in der Etappe. Er war gewöhnlicher Soldat. Ich war Wehrleiter. Meine Befehlsgewalt erstreckte sich auf Anordnungen über Instandhaltung der Stube. Sagte ich: „Edstein, du müßt die Stube aus-schwemmen!“ so mußte er aus-schwemmen. Sagte ich: „Du müßt die Spinnweben dort droben abfedern!“ so mußte er abfedern. Edstein hatte meine Befehle bezüglich der Säuberung unseres gemeinsamen Raumes unbedingt zu befolgen, während ich die Verantwortung für die Sauberkeit der Stube gegenüber dem Feldwebel und dem Leutnant trug. Es war nicht groß, das Reich meiner Gewalt. Aber es bestand. Ich war letzter Ausläufer der ungeheuersten Befehlsmacht, die Offensiven losbrechen lassen konnte, Millionen Menschen von einem Erbteil in den anderen warf, Hunderttausende opfern durfte. Zwischen jener Macht und meiner war nur ein gradueller Unterschied. Ob jener letzte Gewaltträger befahl: „Morgen läuft die gesamte deutsche Flotte aus und liefert eine See-schlacht!“, ob ich befahl: „Die Ede dort hinten wird heute noch ausgelegt!“ — was war der wesentliche Unterschied? Beide Befehle leiteten ihre Kraft letzten Endes aus einer Quelle her.

Es war ein kleiner, ein ganz kleiner Bezirk, in dem ich regieren durfte. Und doch: wie schwer hätte ich dem Martin Edstein, dem einzigen Untergebenen, den ich je gehabt habe, das Leben machen können! Wenn ich ein niederrichtiger Kerl gewesen wäre. „Edstein!“ hätte ich sagen können, „dort ist noch eine Spinnwebel!“ Edstein! Ich sehe noch einen Fettsack auf dem Tisch! Edstein! Sorge dafür, daß unser Befehl neue Vorstien bekommt! Edstein! Die Fenster sind heute nicht geputzt! Edstein! Das Feuerholz ist nicht ordentlich ge-schichtet! Edstein! Deine Kattrage liegt schief! Edstein! Du hast vergessen, unter meinem Beile vorzulehen! Edstein! Die Fenstervorhänge sind dreig! Du hätte ihn schon zwiebeln können, diesen Edstein. Ich hätte ihm die Stunden vergällen können. Mit meinem höchsten Macht. Als gewöhnlicher Wehrleiter. Nicht zur Mufe wäre er gekommen, wenn ich nur gewollt hätte. Ich gelte, daß ich mit dessen benutzt war. Ich gelte, daß es mir Freude bereitete, daran zu denken, daß ich Macht besaß, daß von meinen Leuten ein Mensch abhing. Aber ich mußte niemals diese Macht aus. Ich überwinde meine Scham davor, mich

darauf hin, daß die Volkshochschulbewegung bisher mehr in die Breite, als in die Tiefe gewachsen sei. Die vollständigen Hochschulfürze und das Vortragswesen der Volkshochschulvereine, wie sie vor dem Kriege bestanden, seien für viele Volkshochschulveranstaltungen, die sich als Volkshochschulen bezeichnen, Vorbilder geblieben. Die Volkshochschule sei sich ihrer Aufgabe, Bedeckung einer neuen geistigen Bewegung im Volke zu sein, noch nicht bewußt geworden. Diese Aufgabe könne die Volkshochschule nur lösen, wenn sie die geistig Studenden aus allen Kreisen des Volkes in sich vereinige. Der Erlaß warnt vor dem Irrtum, daß der hohen Aufgabe durch Rassenveranstellungen genodet werden könne. Der Gedanke der Rassen-ein-sch-a-f-t sei noch nicht zum Durchbruch gekommen. Diese sei mehr als eine Unterrichtsstunde. Es kommt darauf an, Erkenntnisse zu erarbeiten, nicht bloß Kenntnisse zu vermitteln.

Die Forderung der Arbeitsgemeinschaft, in deren Form die Volkshochschule sich an wenige wende, bedingt die in dem Erlaß hervorretende Stellungnahme gegen die Auffassung, es komme bei dieser Sache auf Massenbewegung an. Sehr angebracht sind folgende Sätze: „Nichts charakterisiert mehr die Volkshochschulbewegung als eine Mode, als die Tatsache, daß fast jedes Unternehmen, das mit dem Mittel eines öffentlichen Vortrages arbeitet, sich heute als Volkshochschule bezeichnet. Dadurch wird Vermirrung hervorgerufen. Die Eigenart der Volkshochschule verliert, ihr hoch zu sehendes Ziel herabgedrückt. Dem freien Volkshochschulwesen verbleibt neben der Volkshochschule eine Fülle von Aufstößen, deren Lösung nicht minder dringlich ist als die der Volkshochschularbeit. Diese Auffassung der Volkshochschule leant allen Trägern der Bewegung eine hohe Verantwortung auf. Wer sich berufen fühlt, sie auf sich zu nehmen, der fühle die Verpflichtung, sich zunächst selbst in der Volkshochschularbeit zu bewähren, der baue aus dem richtig verstandenen Geiste der Bewegung aus kleinlichen Anfängen die Volkshochschule auf. Die deutsche Volkshochschule kann nicht organisiert werden. Sie muß organisch wachsen.“

Der Erlaß meint schließlich, ein Rückschlag in der Bewegung scheine unvermeidlich, werde aber der Volkshochschule nur beifam sein. Deshalb soll solchen Unternehmungen, die durch die Mode geboren worden sind oder von ihr getragen werden, keine Unterstützung zu teil werden. Nur dort kann die Regierung — bei ihren nur geringen Mitteln für diesen Zweck nur ausnahmsweise — mit Beihilfen eingreifen, wo eine Arbeit geleistet wird, die die Gewähr des Erfolges und der Dauer in sich trägt.

Was mir zu billigen ist und was auch bei großen Mitteln um der guten Entwicklung der Sache willen nicht anders sein dürfte.

Im Reichswirtschaftsverband wird außer den fünf Vertretern der künstlerischen Berufe, wie wir erfahren, auch die Architektenkammer durch einen eigenen Abgeordneten vertreten sein. In der Regierungsverordnungs hand das nicht. Der Reichsbund deutscher Techniker hat einen der drei ihm bewilligten Vertreter dem Bund deutscher Architekten abgetreten.

Reichsroman. Hans Baluski hat am 9. Mai d. R. seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß veranstaltet das Künstlerhaus eine Ausstellung der Gesamtwerke des Berliner Meisters, die am 2. Mai eröffnet wird.

Amnestie und Kriegsgerichte.

Gesetz an das Ruhrgebiet.

Berlin, 26. April. Um bestehenden irrtümlichen Ansichten entgegenzutreten, läßt die Reichsregierung im Ruhrgebiet folgende Bekanntmachungen:

1. Entsprechend dem Vieseler Abkommen hat der Reichsjustizminister erklärt, daß eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht erfolgen soll, die in der Abwehr des verbrecherischen Rapp-Pulvisches ihrer besten Überzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Ein besonderes Amnestiegesetz bedarf es hierzu nach den allgemeinen Grundbegriffen des Strafrechts nicht. Die Staatsanwaltschaft und Militärbehörden haben dementsprechend Anweisung erhalten. Ein besonderer Staatsanwalt soll mit der Beobachtung dieser Grundbegriffe beauftragt werden.

2. Eine Amnestie, die über diese Grundbegriffe und die Bestimmungen des Vieseler Abkommens hinausgeht, kann den gesetzlichen Körperlichkeiten von der Reichsregierung nicht vorgeschlagen werden. Insbesondere kann allen denen, die auch jetzt noch die Waffen nicht freiwillig herzugeben, keinerlei Begnadigung in Aussicht gestellt werden.

3. Die Ansicht, daß infolge der Aufhebung der Standesgerichte die Todesstrafe nicht mehr gefällt werden könne, ist irrig. Die Todesstrafe kann auch weiterhin durch die ordentlichen Gerichte und die außerordentlichen Kriegsgerichte verhängt werden, soweit sie nach den geltenden Strafbestimmungen angebracht ist. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind mit Nichtern besetzt, die dem Richterstande angehören. Sie entscheiden im beschleunigten Verfahren. Soweit Todesurteile bereits ausgesprochen, aber noch nicht vollstreckt sind, wird in jedem einzelnen Fall nachgeprüft werden, ob eine Begnadigung statfindet oder nicht.

Berlin, 26. April 1920.

Der Reichsminister, gez. Müller.

Der Reichswehrminister, gez. Wegler.

Alldoische Bolschewistenphantasten.

Sensationschwandel der „Deutschen Zeitung“.

In sensationeller Aufmachung bringt die „Deutsche Zeitung“ Nachrichten von einem angeblich unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Aufstand, der die Eroberung Mitteldeutschlands und Thüringens bezweckt. Irrendwelse Quellen für diese Mitteilungen, in denen auch ein großes kommunistisches Heer von 40 000 Mann spukt, werden nicht angegeben. Damit es dem Leser recht kalt über den Rücken läuft, wird auch etwas von einer „Idaragen Sand“ erzählt, die unter der Führung von Eichhorn, Geyer und Brach stehen soll. Nach dieser ganzen Burefichtung erkennt man hinter der Sensationsmeldung ohne Zweifel die bekannten wichtiguerischen und aufschneiderischen Spiegelberichte.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hält man an amtlichen Stellen und namentlich auch im Reichswehrministerium die Behauptungen der „Deutschen Zeitung“ zum mindesten für maßlos übertrieben. Man müsse wohl auf Mitteldeutschland, wo ja immer einige Unruhezentren seien, ein wachsameres Auge haben, aber die Aufschneiderereien der „Deutschen Zeitung“ tragen zu deutlich den Stempel der Wahlmache, als daß man ihnen irgendwelches Gewicht beimessen könnte.

Auch wir sehen in den Phantastien des alldoischen Blattes nichts weiter als das Geschrei des davonlaufenden Verbrechers, der „Haltet den Dieb!“ ruft.

Kandidatenaufstellung in Schlesien.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Im Bezirk Mittelschlesien wurden am letzten Sonntag nach eingehender politischer Aussprache folgende sechs Genossen an die Spitze der Kandidatenliste gestellt: Löbe mit 160, Frau Ansozge-Waldenburg mit 140, Bauer mit 138, Franz-Waldenburg mit 138, Scowitz-Breslau Landkreis mit 109 und Feldmann-Langensielau mit 108 Stimmen.

Die Mitgliedschaft Breslau hatte Löbe, Bernstein und Clara Bohm-Schuch in Vorschlag gebracht. Die Genossen Bauer und Hermann Müller sollen auch auf die Reichsliste in Vorschlag gebracht werden.

Die Unabhängigen haben am Sonntag ihre Kandidatenlisten für Niederbarnim und Teltow-Beeskow aufgestellt. Die Reihenfolge der Kandidaten wurde nach der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen bestimmt. Die Niederbarnimer Liste führt Dr. Breitscheid (138 Stimmen), im folgt Brühl (107), Frau Wulf (95), Stasch (83), erst als Fünftler kommt der Parteiverbindende Crispian, der nur 80 Stimmen erhielt. Adolf Hoffmann steht mit 88 Stimmen an vorletzter Stelle der Liste. Breitscheid hatte sich vor der Abstimmung sehr radikal gegen ein einheitliches Vorgehen der beiden sozialistischen Parteien ausgesprochen, mit der Begründung, eine auch nur organisatorische Annäherung der Parteien würde die Einigung der Arbeiterklasse hemmen (1), da dann ein Teil der Unabhängigen zu den Kommunisten gehen würde.

Die Teltow-Beeskower Liste der Unabhängigen beginnt mit Rubell (84 Stimmen), Däumig (79), Löwenstein (75). Wegmann kommt erst an sechster, Herzfeld an siebenter, Vogtner an achter, Süder an neunter Stelle.

Die Deutschdemokratische Partei stellt in Berlin Friedrich v. Siemens, in Magdeburg-Anhalt Reichsminister a. D. Schiffer, in Hesse-Nassau Prof. Walter Schädling an die Spitze ihrer Liste.

Diktatur und Demokratie.

Durch ihre Beteiligung an den Wahlen geraten die Diktaturanhänger in einen unwillkürlichen Widerspruch, den die „rote Fahne“ vergeblich mit folgenden Spitzfindigkeiten aufzulösen sucht:

Das Parlament ist jenseitig der Ausdruck der bestehenden gesellschaftlichen Kräftegruppierung. Wenn das Proletariat tatsächlich so reif ist, daß es in seiner Mehrheit überzeugte Anhänger der Diktatur des Proletariats in das Parlament wählen könnte, dann sind die Verhältnisse so weit fortgeschritten, daß man keines Parlaments mehr bedarf, daß das Parlament selbst beseitigt wird.

Umgekehrt ist die Sache richtig. Wenn die Arbeiterklasse im Parlament einer demokratischen Republik die Mehrheit hat, so wird sie sofort erkennen, daß sie gar keine Diktatur braucht, um ans Ziel ihrer Wünsche zu kommen. Denn alle Dinge, die sich sachlich überhaupt verwirklichen lassen, können alsbald durch die Demokratie verwirklicht werden.

Das neue Versorgungsgesetz und die Kriegsbeschädigten.

In der gestrigen in die „Neue Welt“ vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten einberufenen Versammlung wurde scharfer Protest gegen das neue Reichsversorgungsgesetz erhoben.

Der Referent Kamerad Pfändner vom Reichsbund d. K. B. sprach erst zu den zahlreich erschienenen zurückgekehrten Kriegsgefangenen, deren Forderung auf Reichsentschädigung des beim Umwechsen des fremden Geldes erlittenen Verluste sowie auf Zuweisungen von Bekleidung er nachdrücklich unterstülzte. Auch muß in ihrem Interesse und aus Gerechtigkeitsgefühl der Passus des Versorgungsgesetzes fallen, der bestimmt, daß bei selbstverschuldeter Gefangenschaft die Rente ruht, denn wer die ungerochte Vorgesetztenbehandlung (Fall Helmke u. a.), die Tätigkeit der „Geldgenossenschaft“ und die seelischen Erschütterungen der Kriegsfolgen kennt, wird zugeben, daß bei Selbstverschuldung noch immer von Hochverrat gesprochen werden kann. Dann protestierte Kamerad Schaf gegen die Ausgleichszulage, da dadurch eine Klasseneinteilung der Kriegsbeschädigten getroffen würde; er forderte durchgehend gleiche Behandlung der Offiziere und Mannschaften in der Versorgung und deren Hinterbliebenen. Die im Gesetz festgelegte Leistungszulage von 25 Proz. ist zu gering, außerdem darf sie keine starre Größe sein. Das für die erste Verfüzung der Rente festgelegte Jahreseinkommen von 5000 M. ist zu niedrig, 10 000 M. wäre das Gegebene. Gestrichen muß der § 100 werden, der den Offizieren, die ihre Dienstleistung vor dem 1. April 1920 beendet haben, die Wahl zwischen dem alten Offizierspensionsgesetz und dem neuen Reichsversorgungsgesetz freiläßt, denn es darf in Zukunft nur das eine, alle Kriegsoffer umfassende und gleichmäßig behandelnde Reichsversorgungsgesetz geben. (Beifall.)

In der Diskussion nannte Kamerad Wolff das neue Gesetz unannehmbar. Eine Kameradin wendet sich besonders gegen das Hinterbliebenengesetz, für das sie ebenfalls Gleichstellung von Offizieren und Mannschaften hinterbliebenen fordert. (Beifall.) Ein Redner der sog. „Reichsvereinigung“ erregt Unruhe, als er den „Reichsbund“ angreift und für die Reichsvereinigung propagiert. Mehrfach wird ferner auf Klugung von Kriegsbeschädigten für die Reichstagswahl verlangt bzw. angeordnet, sich die Abgeordneten zu merken, die nichts gegen die Ungleichheit des vorliegenden Gesetzes unternehmen. Kamerad Ludwig von „Internationalen Bund“ wies der Regierung und der Nationalversammlung Verrat an den Kriegsoffizieren vor. Wer Kriegsanleihe gezeichnet hat, trage Mitschuld am Kriege, die sollen auch jetzt für die Opfer ankommen. (Beifall.) Ein weiterer Kamerad fordert Wegfall der Bestimmung, daß die Rente ruht, solange der Versorgungsberechtigte eine Freiheitsstrafe von mindestens 3 Monaten verbüßt, da dies eine nur die Kriegsbeschädigten treffende Sonderbestimmung sei. (Starker Beifall.)

Folgende zwei Resolutionen wurden angenommen:

1. Die in der „Neuen Welt“ verammelten Kriegsgefangenen protestieren auf das entschiedenste dagegen, daß im neuen Versorgungsgesetz häufig von „unverschuldeter“ Gefangenschaft gesprochen wird. Sie verlangen Streichung dieser Worte. Der § 59, der das Ruhen der Rente wegen Kriegs- und geheimen Landesverrats ausdrückt, bietet ausreichende Gewähr, festzustellen, wer unverschuldet in Gefangenschaft geriet. Weiter protestieren sie dagegen, daß die durch die Gefangenschaft verhindert waren, ihre Versorgungsansprüche geltend zu machen, nur mit 3 Monat rückwirkender Kraft ihre Ansprüche nachbezahlt erhalten. Sie verlangen Anerkennung des Versorgungsanspruchs mit rückwirkender Kraft.

2. Die vom Reichsbund d. K. B. einberufene öffentliche Versammlung in der „Neuen Welt“ erhebt heftigen Protest, daß in das neue Gesetz Bestimmungen hineingekommen, die geeignet sind, 90 Proz. der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen niederen Wert in der Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft anzusprechen. Die Einführung von Bezugsstufen nach 3 Gruppen bedeutet Einführung von 3 Klassen der Beschädigten. In der sozialen Republik sind Einschichtungen der Volksgenossen in Klassen unvereinbar. Sie bedeuten für die Kriegsbeschädigten Arbeiter, Angestellten, unteren und mittleren Beamten eine Entrechtung und geben das Signal zu leidenschaftlichen Kämpfen. Die Versammlung verlangt daher Streichung und Abänderung der §§ 28, 57, 63 und 100 durch die Nationalversammlung.

Halber Fahrpreis für Landarbeiter. Das bayerische Verkehrsministerium hat zur Förderung des Anbaues und der Erntearbeiten schon jetzt bekanntgegeben, daß auch in diesem Jahre landwirtschaftliche Arbeiter auf der Eisenbahn ohne Rücksicht auf die zurückzuliegende Entfernung zum halben Fahrpreise befördert werden sollen.

Wirtschaft

Neue Zusammenschlüsse.

Zum Berliner Brauereitisch. Die Berliner Kindbrauerei A. G. übernimmt die Brauerei F. Cappold mit ihrem 173 486 Hektoliter betragenden Konjunkt. Wie stark die Zusammenschlussbewegung in den letzten 10 Jahren war, haben wir in unserer Darstellung in Nr. 79 des „Vorwärts“ gezeigt, aus der sich ergibt, daß die 88 Lagerbierbrauereien in 10 Jahren auf 15, jetzt also auf 14 zusammengeschmolzen sind.

Zusammenschluss im deutschen Torfhandel. Der Reichsverband Deutscher Brenntorfhändler E. V. und der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands E. V. beschlossen, die Torfhandelsinteressen beider Verbände in Zukunft gemeinsam zu bearbeiten. Zu diesem Zweck wurde der Reichsverband umgebildet in den Reichsverband Deutscher Brenntorfhändler E. V., Hauptgruppe des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands. Der Sitz des Verbandes ist Berlin. Geschäftsführer sind Karl Vorhard und Dr. Eduard Semtor. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich Berlin W. 62, Wagenstr. 31.

Zusammenschluss bayerischer Waldbesitzer. Unter der Firma Bayerische Gewerkschaft A. G. wurde in München eine Alltagsgesellschaft mit 7 Millionen Mark Grundkapital errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und Verwertung von Gerbsäuren, insbesondere die Verwertung bayerischer Rinden. Die Gründung erfolgte unter Führung des bayerischen Waldbesitzerverbandes.

Bedwigshütte Akt.-Ges. in Steinhilber kaufte die Darger Kalk- und Zementwerke E. m. b. H. in Biewick. Die Gesellschaft hat 7 Millionen Mark Aktienkapital und betreibt Kalkhandel, Herstellung von Zement und ist an den Kalk-, Kalk- und Anhydritwerken Gustav Schulze E. m. b. H. beteiligt.

Die Oberschlesische Eisenindustrie A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gleiwitz, die ihr Aktienkapital auf 50 Millionen erhöht hat und wieder 14 Proz. Dividende ausschüttet, hat die Eisfabrik Albia, deren Aktienmehrheit sie besitzt, ganz übernommen.

Die Commerz- und Diskontobank Hamburg-Berlin hat die Mitteldeutsche Privatbank in Magdeburg aufgenommen und ihr Kapital von 85 auf 200 Millionen erhöht. Sie führt zukünftig den Namen Commerz- und Privatbank.

Arbeitsgemeinschaft. Die Fried. Krupp A. G. hat um für ihre ausgedehnten Werksstätten neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, den Waggonbau aufgenommen. Sie hat sich zu diesem Zweck mit der Maschinenfabrik Wulka u. Co., Magdeburg-Buday, verständigt und wird die Waggon nach den Konstruktionen und Zeichnungen der Maschinenfabrik Wulka bauen. Die Waggon der Maschinenfabrik Wulka sind besonders in der Kohlenindustrie bekannt und eingeführt. Den gleichen Weg der Verständigung mit

anderen Werken hätten die Reichswerke Spanbau auch beschritten sollen, dann wären dem Reich große Summen erspart worden.

Die vorstehende Zusammenstellung zeigt uns, daß die Konzentrationbewegung fort dauert. Wir begrüßen sie, denn nur auf diesem Wege können wir zur Nationalisierung der Wirtschaft gelangen. Von einer wirklichen sozialistischen Wirtschaftspolitik erwarten wir, daß sie diese unentbehrliche Zusammenfassungsbewegung vorwärts treiben wird, damit wir aus dem Chaos der wilden Unternehmervirtschaft zur organisierten Wirtschaft gelangen.

Groß-Berlin

Toppelster Mord oder Raubmord in der Märkischen Schweiz.

Einem graufigen Verbrecher, das noch keiner Klaffung harret, ist man, wie uns von unserm Sonderberichterstatter aus Müncheberg gemeldet wird, hier auf die Spur gekommen. Fortarbeiter hielten in einer am Wege Dahmsdorf-Münchehofs stehenden Scheune in einer Kalmude und unter einem Reifigebäude herbortugend zunächst auf einen Militärknecht, der wahrscheinlich durch die letzten starken Regenfälle freigesetzt worden war. Zu ihrem Entsetzen stellten sie fest, daß der Knecht auf dem Fuße einer verschärften Leiche lag. Sie machten hieron Anzeige bei der Gutsverwaltung, die sofort das zuständige Amtsgericht benachrichtigte. Es fand daraufhin durch eine Gerichtskommission eine Feststellung des Tates und anschließende Leichenschau statt.

Am Fundorte selbst wurde zunächst nach Abfaden der engeren Umgebung die Ausgrabung der Leiche in die Wege geleitet. Hierbei mußte man die entsetzende Tatsache konstatieren, daß die Grube sogar 2 männliche Leichen enthielt. Die ärztliche Untersuchung zeitigte folgendes Ergebnis: Die erste Leiche war die eines etwa 20 bis 25 Jahre alten, 1,85 Meter großen Mannes. Sie war bekleidet mit weitem Hemd, baummollener Unterhose, dunkler Hose, blauem Militärwasserrod (Pantala ähnlich), grauwollenen Strümpfen und Schnürschuhen. Der Wasserrod trug auf dem Futter den Aufdruck „A. G. S. N. 1901“. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen und lag auf der zweiten Leiche. An weiteren Identifizierungsmerkmalen wurden noch ein Geldbeutel (Brustbeutel) ohne Inhalt, eine Kette mit daran befindlichem Schlüssel und ein Notizbuch, das Aufschlüsse über die Person des Toten geben soll, gefunden. Um den Hals befand sich ein strickartig zusammengebrochenes weißes Taschentuch. Die zweite Leiche war die eines auffallend großen, überaus kräftig entwickelten, etwa 35 Jahre alten Mannes, mit schwarzem Haar und noch der Schädelbildung slavischen Typus. Sie war bekleidet mit einer graumollenen Jacke und ebenfollender Hose mit Taschen aus Papierstoff, einer wollenen Strickjacke, rot und weiß gestreiftem Parahemden, Schnürschuhen und Selbstbinderstrawatte. In den Taschen befand sich nur eine Streichholzschachtel und eine Blechhülle. Außer einer Goldbrücke in der Mundhöhle wurden weitere Merkmale, die zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten führen konnten, nicht gefunden. Auch diese Leiche war bereits in Verwesung übergegangen, so daß eine zweifelsfreie Feststellung der Todesursache nicht möglich war.

Irrend welche Verletzungen durch Stoch-, Stieb- oder Schußwaffen waren an beiden Leichen nicht aufzufinden, jedoch man zunächst bezüglich der Todesursache noch vor einem Rätsel steht. Allem Anschein nach handelt es sich bei den Toten um russische Kriegsgefangene. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt deshalb zur Feststellung der Todesursache eine Leichenschau für erforderlich, die Dienstag durch den zuständigen Arrestarzt vorgenommen werden wird. Die Leichen sind vorläufig nach dem Sprihenbau in Münchehofs gebracht worden.

Auffallend ist, daß im vergangenen Jahre im September an fast derselben Stelle ein Heberfall auf einen dorthin geladenen pommerischen Pferdehändler erfolgt ist, wobei derselbe durch zwei Revolverkugeln verletzt wurde. Ob und inwieweit hier ein Zusammenhang besteht, bedarf noch der näheren Aufklärung.

Wohnungshamsterei.

Zu den in Nr. 150 und 208 des „Vorwärts“ veröffentlichten Mitteilungen über Wohnungshamsterei wird uns von zuständiger Stelle geschrieben, daß gegen solche durch die Wohnungsnot bedingten Mißstände ein Einschreiten auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen möglich ist. Dem Magistrat Berlin sowie dem Wohnungsverband Groß-Berlin A. G. auf Grund des § 5 der Mieterschutzverordnung und des § 9 der Wohnungsmangelverordnung zur Bekämpfung des Wohnungsmangels die Ermächtigung erteilt werden, anzuordnen, daß das gewerksmäßige Mieten von Leeren und möblierten Wohnungen zum Zwecke des Weitervermietens verboten ist. Eine Nachprüfung des von uns mitgeteilten Falles ist bereits angeordnet worden.

Amtlicher Erzeugerpreis für Butter — 12 M.

Der Oberpräsident hat für die Provinz Brandenburg mit Ausnahme der in das Gebiet der Staatlichen Vertriebsstelle für Groß-Berlin gelieferten Mengen als Erzeugerhöchstpreis für Butter festgesetzt: für Rollereibutter, Handelsware I, für den Rentner 1200 M., für Rollereibutter, Handelsware II, sowie für Butter, die nicht Rollereibutter ist (Bauernbutter) den Rentner 1140 M. Die neuen Preise treten am 1. Mai in Kraft.

In der Kandidatenliste des Kreises Teltow-Beeskow muß es statt Robert Kohl heißen Robert Kohl (Wilmersdorf).

Mit der Dresdener bombardiert und die „Tempelhofe Zeitung“, die sehr höflich darüber ist, daß wir den schönen Gegenstand zwischen ihrem redaktionellen und dem Jasekrotenteil in Sachen: „Deutschlands Ausverkauf“ herorgeboten und die Methode niedriger gefängt haben. Mit leeren Redensarten entschuldigt sie sich bei ihren Lesern wegen dieses Verfehlers, denn es kann jeder Zeitung einmal passieren —, daß Inserate durchdringen. Aber begnügt sich nicht mit dieser Entschuldigung, sondern geht zum Angriff über und sagt: „Wenn der „Vorwärts“ wissen will, wie man sich die Taschen füllt, mag er sich an Herrn Ellarz und Genossen wenden, die ihm ja wohl nicht ganz fremd sind.“ Die „Tempelhofe Zeitung“ weiß natürlich ganz genau, daß wir ebenso wenig mit Herrn Ellarz zu tun haben, wie sie. Aber trotzdem arbeitet sie mit dieser Verleumdung und glaubt, damit ihr Renommee heben zu können, sie beweist damit aber nur, wie recht wir hatten, als wir ihr ein: „Niedriger hängen!“ zuriefen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reichsrentner. 1/2 Pfund Rost-Kalao (24).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Arbeitsgemeinschaft Südost, 9. bis 14. Abt. Donnerstag: Auserwählter Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr. „Genossenschaftsabend“, Angler 15. Referent: Genosse Wels über: Die politische Lage und die Wahlen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt!

Morgen, 27. April:

39. Abt. 7 Uhr bei Berger, Reichenstr. 21. Konferenz der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute. Charlottenburg, 7 Uhr im „Volkshaus“, Köpenickerstr. 4: Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Franz Krüger. Blumental und Bevernid, 8 Uhr bei Pantia: Gemeinamer Zapfenabend.

